



Neues aus Düsseldorf für Südwestfalen



Januar 2016

Neues im Landtag – Die Plenarsitzungen im Januar

Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Woche tagte der Düsseldorfer Landtag. Über die aktuellen Themen und Gesetzesvorhaben wollen wir Sie an dieser Stelle informieren. Weitere Informationen zur **Tagesordnung** sowie weitere **Hintergrundinformationen** finden Sie [hier](#):

Der Fall Amri beschäftigt den Landtag

In einer Aktuellen Stunde wurde am Mittwoch über den Umgang in dem Fall Amri beraten. Der Sonderbeauftragte Prof. Dr. Bernhard Kretschmer wurde für die Aufklärung eingesetzt und sollte „völlig autark“ klären, von wem welche Fehler gemacht wurden, berichtete die Ministerpräsidentin. Der CDU-Fraktionschef Armin Laschet forderte die Änderung des Landesrechts, damit es in Deutschland in Zukunft „keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit“ mehr gebe. Er kritisierte insbesondere Innenminister Jäger für seine Aussage, die Sicherheitsbehörden seien im Fall Amri bis an die Grenze der Rechtsstaatlichkeit gegangen. Dies sei falsch. Mit rot-grüner Mehrheit wurde schließlich der CDU-[Antrag](#) abgelehnt.

Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einstufen

Auf Antrag der CDU-Fraktion mussten sich am Donnerstag Mittag alle Abgeordneten in einer namentlichen Abstimmung der Entscheidung über den CDU-[Antrag](#) zur Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer stellen. Die CDU und die FDP argumentierten, Nordrhein-Westfalen dürfe das vom Bundestag bereits im Mai beschlossene Gesetz im Bundesrat nicht weiter blockieren. Mit Mehrheit lehnte Rot-Grün den Antrag ab.

Gegen „No-Go-Areas“ vorgehen

Die CDU-Fraktion forderte in dem [Antrag](#) entschlossen gegen die Ausbreitung von „No-Go-Areas“ und kriminellen Familienclans in Nordrhein-Westfalen vorzugehen. CDU-Innenpolitiker Gregor Golland erklärt: „Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich nicht in jeder Ecke unseres Landes ohne Angst bewegen. NRW-Innenminister Jäger will nicht wahrhaben, dass es in Nordrhein-Westfalen No-Go-Areas oder rechtsfreie Räume gibt, in denen kriminelle Familienclans das staatliche Gewaltmonopol unter sich aufteilen. Es gibt Stadtviertel in Duisburg, Essen und Dortmund, in denen die Polizei nur noch mit verstärkten Kräften anrückt. Längst existieren Angsträume, in die sich zu bestimmten Zeiten insbesondere Ältere, Frauen und Einzelpersonen nicht mehr hineinwagen.“ Die Landesregierung versage in der Erfüllung einer staatlichen Kernaufgabe: Dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten.

Was sagt der Südwestfale zum Thema Innere Sicherheit?

Der CDU-Innenpolitiker und Experte für Innere Sicherheit, Werner Lohn, hat eine eindeutige Meinung zum Verhalten der Landesregierung Nordrhein-Westfalens in Bezug auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger:

„Die Landesregierung darf mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Innere Sicherheit nicht immer erst so lange warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist.“

Als Beispiele nennt Lohn die Straßenschlacht mit HoGeSa [Hooligans gegen Salafismus] 2014, die Kölner Silvesternacht 2015, die ständig steigende Einbruchskriminalität und die zunehmende terroristische Bedrohung.



CDU

Südwestfälische Abgeordnete bringen vielfältige Themen ins Plenum ein

Theo Kruse, Abgeordneter aus Olpe, kritisierte im Landtag die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Aufstellung und Ausstattung der Polizei NRW für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung. Kruse zeigt einige Fehler auf, die von der Landesregierung zu verantworten sind und die letztendlich zu Vorfällen

ten werden könne, während sich gleichzeitig die ganze Arbeitswelt durch die Digitalisierung verändere. In der Praxis sei das nicht mehr zeitgemäß. Modelle mit einer Kombination aus Online-Angeboten und Lern- und Weiterbildungssituationen mit physischer Anwesenheit würden zu nehmen, sagt Kerkhoff. Wichtig seien

spricht den Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, der Jugendämter, der Kindertagesstätten, der Schulen, etc. sein Vertrauen diesbezüglich aus. Kamieth macht dennoch deutlich, dass aus dem Sozialbericht der Landesregierung hervorgeht, dass sowohl Kinder als auch junge Erwachsene in NRW unverhältnismäßig

Ihre Südwestfalen am Rednerpult...



wie in der Kölner Silvesternacht und dem Fall Amri führen. Dazu gehören unter anderem Defizite in der Führung der Polizeibehörden, fehlende qualitative Differenzierung bei der Kräfteverteilung und fehlende Vorgaben zur besseren Vergleichbarkeit.

„Dieser rot-grünen Landesregierung mit dem aus unserer Sicht und aus Sicht vieler, nicht nur der CDU-Fraktion, populistisch agierenden Innenminister fehlt jeder Gesamtkonzeption, wie Nordrhein-Westfalen in diesem so außerordentlich wichtigen Politikfeld besser werden kann“, resümierte Kruse.

Der Abgeordnete aus dem Hochsauerlandkreis, **Matthias Kerkhoff**, sprach im Plenum zum Thema Berufliche Weiterbildung im Rahmen des digitalen Arbeitswandels. Er stellte heraus, dass Weiterbildung nicht mehr nur mit Präsenzpflicht angebo-

sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Blick zu behalten, als auch eine stetige Qualitäts- und Erfolgskontrolle beruflicher Weiterbildung.

Südwestfalen sprechen zu Innerer Sicherheit, Arbeit, Kinderrechten und Bildung

Für die Sicherung von Kinderrechten spricht sich **Jens Kamieth**, Abgeordneter für das Siegerland, aus: „Kinderrechte sind Menschenrechte. Was könnte uns mehr am Herzen liegen als der Schutz unserer Kinder und die Wahrung ihrer Rechte?“. Kamieth ist beruhigt, dass auf Grundlage des Übereinkommens der Vereinten Nationen 1989 in Deutschland eine Garantie von Schutz-, Förderungs- und Beteiligungsechten von Kindern und Jugendlichen besteht. Er

oft von relativer Einkommensarmut betroffen sind. Das sei so nicht hinnehmbar.

Klaus Kaiser, Abgeordneter aus dem Hochsauerlandkreis, forderte am Freitagmorgen in einer Aktuellen Stunde zum Thema „Schulen ohne Anschluss“, die Schulen in Nordrhein-Westfalen mit schnellem Internet zu versorgen. Gerade einmal 20 Prozent der Schulen könnten bisher auf eine gute Anbindung zurückgreifen. Auch durch das Programm „Gute Schule 2020“ würde sich keine Lösung des Problems ergeben. „Es wird eben deutlich, dass das Programm „Gute Schule 2020“ als Wahlkampfzenario geplant war und nicht als nachhaltige Strategie zur Verbesserung der Qualität der Bildung in unserem Land.“, kritisiert Kaiser. Er forderte, auch die Schulen und Schulträger bei der Erarbeitung eines Digitalisierungskonzeptes zu beteiligen.

So erreichen Sie uns elektronisch:

Klaus.Kaiser@landtag.nrw.de

Jens.Kamieth@landtag.nrw.de

Matthias.Kerkhoff@landtag.nrw.de

Theo.Kruse@landtag.nrw.de

Werner.Lohn@landtag.nrw.de

Thorsten.Schick@landtag.nrw.de

Eckhard.Uhlenberg@landtag.nrw.de

Impressum:

V.i.S.d.P.: Klaus Kaiser, AG der südwestfälischen CDU-Abgeordneten im Landtag NRW

Ansprechpartner: Klaus Kaiser Mdl

Kontakt: klaus.kaiser@landtag.nrw.de



CDU